

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM HERBST 1957

Ein möglichst großes und gleichmäßiges wirtschaftliches Wachstum zu erzielen, die Kaufkraft der Deutschen Mark stabil zu halten, dafür zu sorgen, daß die Vollbeschäftigung bewahrt bleibt und das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz beseitigt wird, das ist die Aufgabe der Konjunkturpolitik. In den letzten Monaten ist es nur sehr bruchstückhaft gelungen, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere ist es nicht geglückt, die Kaufkraft unseres Geldes zu sichern und den Zustrom von Devisen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Die Notenbank hat allerdings mit ihren kreditpolitischen Mitteln allzu unliebsame binnenwirtschaftliche Folgen der Devisenflut verhindern können. Sie hat u. a. durch eine Lockerung der Diskontschraube und einer damit einhergehenden Senkung des Zinsniveaus die Reize für das Einfließen „heißen Geldes“ vermindert. Sie hat damit gleichzeitig den Versuch gewagt, einer weiteren Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums vorzubeugen und der Investitionstätigkeit neue Impulse zu geben.

Von der monetären Seite her ist also das den Umständen nach Mögliche getan worden, um der binnen- und außenwirtschaftlichen Situation gerecht zu werden. Die Bundesregierung aber hat leider gezögert, von sich aus mit wirksamen Maßnahmen gegen den sich immer deutlicher abzeichnenden Preisauftrieb vorzugehen. Sie hat sich anscheinend darauf verlassen, daß sich die Unternehmer auch nach dem 15. September an ihr Wahlversprechen halten würden, das Preisniveau nicht zu gefährden. Die Warnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in mehreren Briefen an den Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht, sind in den Wind geschlagen worden. Als der Steinkohlenbergbau dann mit seinen Preisforderungen vorpreschte, tat man in Bonn überrascht. Der Ärger bezog sich aber offensichtlich weniger auf die Tatsache der Preissteigerung selbst, als vielmehr auf deren für unangemessen erachtete Höhe und auf den Termin, zu dem sie inszeniert wurde. So schnell nach der Wahl hatte man nicht damit gerechnet. Der Bundeswirtschaftsminister drohte zwar mit harten Gegenmaßnahmen, der Steinkohlenbergbau ließ sich dadurch jedoch nicht von seinem Vorhaben abbringen. Ab 1. Oktober wurden die Preise für Kohlen und Koks heraufgesetzt. Am 1. November folgten die Braunkohlenpreise (mit Ausnahme der Liefere-

rungen für den Hausbrand und die Kleinverbraucher).

Die Auseinandersetzung um die Kohlenpreise vollzog sich, wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften sorgenvoll urteilt, in einer konjunkturellen Phase, in der die jahreszeitlich üblichen Auftriebstendenzen die zunehmende Labilität der westdeutschen Konjunktur nicht zu überdecken vermögen. In dieser Situation könnten Preis erhöhungen die Absatzchancen und damit den Arbeitsmarkt nur gefährden.

Auch andere Wirtschaftsforschungsinstitute legen in ihren Prognosen wenig Optimismus an den Tag, wenn sie auch vor pessimistischer Schwarzmalerei nachdrücklich warnen. Diese Haltung ist durchaus berechtigt. Die Investitionstätigkeit, die tragende Säule der konjunkturellen Entwicklung, ist zur Zeit gedämpft, was wohl als unvermeidbare Reaktion auf die konjunkturelle Übersteigerung in den Jahren 1955 und 1956 zu betrachten ist. Das Nachlassen der Investitionstätigkeit hat zu einer deutlich spürbaren Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums, zu einem mäßigeren Fortschritt des Sozialprodukts, jedoch keineswegs zu einem Rückgang der Beschäftigung geführt. Bei den Investitionsgüterindustrien hat die Abschwächung des Neuzugangs an Inlandsaufträgen bisher lediglich zum Abbau überhoher Auftragsbestände und damit in gewisser Weise zu einer Normalisierung der Lieferfristen beigetragen. Wir befinden uns also nach wie vor in einer Phase konjunktureller Aufwärtsbewegung. Die volkswirtschaftlichen Kapazitäten werden weiterhin ausgedehnt. Der Unterschied gegenüber den letzten Jahren besteht darin, daß der Zuwachs kleiner geworden ist.

Die Beschäftigung hat nicht nur nicht ab-, sondern im Gegenteil kräftig zugenommen. Das vorhandene Arbeitskräftepotential ist weiterhin stark ausgelastet. Ende August ging die Arbeitslosenquote auf 365 000 zurück und betrug damit 2 vH. Der Stand von Ende August 1956 wurde um rund 44 000 unterschritten. Besonders intensiv ist der Zustrom bisher nicht erwerbstätiger Frauen auf den Arbeitsmarkt. Bei dieser günstigen Entwicklung hat die Arbeitszeitverkürzung eine wesentliche Rolle gespielt.

*

Der im ersten Halbjahr 1957 erzielte reale Zuwachs des *Sozialprodukts* machte 7,4 vH aus. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat um 4 vH zugenommen, so daß sich ein Produktivitätszuwachs je Beschäftigten von 3,4 vH ergibt. Bezieht man die gesamtwirtschaftliche Leistung statt auf die Arbeitnehmerzahl auf die geleisteten Arbeitsstunden, so dürfte die gesamtwirtschaftliche Effizienz nach den Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um etwa 5 vH gewachsen sein.

Die Zuwachsrate der *Industrieproduktion* hat im ersten Halbjahr 1957 nur 5,3 vH betragen. Sie ist etwa gleich hoch wie im zweiten Halbjahr 1956 gegenüber derselben Zeit von 1955, während sie im ersten Halbjahr 1956 noch 11,5 vH und 1955 sogar 15 vH erreicht hatte. Trotz der Verringerung der Arbeitszeit im ersten Halbjahr 1957 hat sich die Effizienz der industriellen Produktion vergrößert. Die Produktivität, gemessen am Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal um 8,6 vH, im zweiten Quartal um 7,3 vH.

Diese amtlichen Zahlen bestätigen die überaus günstigen Auswirkungen der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik. Wenn man bedenkt, daß sich die Investitionstätigkeit seit geraumer Zeit auf Rationalisierungs- und nicht mehr auf Erweiterungsinvestitionen konzentriert, so ist man geneigt, bei anhaltender Tendenz zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit für die nähere und weitere Zukunft eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Effizienz anzunehmen.

Die Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion hat auch im letzten Vierteljahr angehalten. Der Index der industriellen Produktion hielt sich im August auf dem Stand von 212 vH des Produktionsniveaus von 1936. Sie war gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 3 vH höher. Der Produktionsindex des Bauhauptgewerbes lag nach den Berichten der Deutschen Bundesbank zwischen Juli und September um 9 vH unter dem Vorjahresniveau. Auch der Auftragseingang läßt eine Verlangsamung erkennen. Im August betrug die Zuwachsrate der gesamten Auftragseingänge 2,6 vH gegenüber 5 vH im ersten Quartal und 2,3 vH im zweiten. Die Auslandsnachfrage ist ebenfalls zurückgegangen. Die Jahreszuwachsrate betrug im August nur 5 vH gegenüber rund 15 bis 20 vH in der vergangenen Zeit mit Ausnahme des Juli, wo sie nur 4 vH erreichte. Diese Entwicklung könnte, wie das Bundeswirtschaftsministerium meint, ein Abklingen des westdeutschen Exportbooms zur Folge haben.

Im Herbst hat sich die industrielle Produktion wie üblich wieder belebt. Der arbeitstägliche Produktionsindex hat im September wieder genauso stark zugenommen wie im vergangenen Jahr. Der Produktionsindex für die gesamte Industrie erreichte im September 228 vH des Standes von 1936. In der Investitionsgüterindustrie wurde der Produktionsstand des letzten Jahres um 2 vH, in den Verbrauchsgüterindustrien um 3 vH und bei der Grundstoffindustrie sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um rund je 4 vH übertroffen. Die Produktionsleistung im Bergbau unterschritt dagegen das Vorjahrsniveau um 2 vH. Der Index der Bauproduktion blieb in den ersten neun Monaten 1957 um rund 3 vH hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahrszeitraums zurück. Inwieweit sich in der jetzigen

Herbstbelebung stärkere als nur saisonale Kräfte bemerkbar machen und für längere Zeit durchsetzen, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt schwer zu sagen. Nach Lage der Dinge ist nicht damit zu rechnen, daß die saisonale Belebung in einen neuen konjunkturellen Aufschwung übergeht.

*

Mit der Mitte September vorgenommenen Senkung des Diskontsatzes von 4,5 auf 4 vH hat die Deutsche Bundesbank den Entspannungsvorgängen in unserer Volkswirtschaft Rechnung getragen. Sollten sich in diesem Herbst neue Beunruhigungstendenzen in stärkerem Maße durchsetzen, wird die Bank ohne Zweifel ihre Drohung wahr machen und wieder zu einer restriktiven Politik zurückkehren. Das könnte zum Beispiel bedeuten, daß sie von der kreditpolitischen Seite her gegen allzusehr ins Kraut schießende Preissteigerungen vorgeht. Die Notenbank hat es auch nicht unterlassen, in den Kreis der eventuellen Störungsfaktoren die Entwicklung der Löhne einzubeziehen, nachdem verschiedene Gewerkschaften die Tarife gekündigt haben. Nach Lage der Dinge ist allerdings von hier aus keine nennenswerte Gefahr für das wirtschaftliche Gleichgewicht zu befürchten. Die Anteile der Löhne und Gehälter an den Gesamtkosten der Produktion sind in den letzten Jahren gesunken. In der metallverarbeitenden Industrie z. B. ist der Lohnanteil am Umsatzwert der Erzeugung von 19,2 vH im Jahre 1950 auf jetzt 16,2 vH zurückgegangen. Die Zunahme der Produktivität war — betrachtet man einen längeren Zeitraum — zudem größer als die Zunahme der Löhne und Gehälter. Nach Erklärungen des DGB betrug die jährliche Steigerung der Löhne durchschnittlich 5,8 vH. Im gleichen Zeitraum nahm die Produktivität um 7,5 vH zu. Man kann also nicht sagen, daß die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik gesamtwirtschaftliche Verantwortung vermissen ließen.

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang, daß nach den Angaben der Bundesbank und der meisten Forschungsinstitute sich im Bereich des privaten Verbrauchs der mit der starken Erhöhung der Masseneinkommen in diesem Frühjahr erwartete Nachfragestoß in weit engerem Rahmen gehalten hat, als vorher erwartet worden war. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, ist ein ganz erheblicher Teil der Einkommenssteigerungen zu einer vermehrten Spartätigkeit verwendet worden. Die erfaßte Ersparnisbildung der privaten Haushalte war im ersten Halbjahr 1957 um beinahe 18 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Die für die Finanzierung von Eigentümerwohnungen bereitgestellten Beträge haben nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung noch stärker zugenommen. Die kurzfristige Sparung der Haushaltungen — bei der es sich allerdings um relativ kleine absolute Beträge handelt — habe sich sogar mehr als verdoppelt.

Auch im Hinblick auf die außenwirtschaftlichen Beziehungen erwartete die Bundesbank von der Diskontsenkung eine Unterstützung ihrer kreditpolitischen Absichten. Der auswärtige Zahlungsverkehr der Bundesrepublik stand nämlich weiterhin im Zeichen außerordentlich hoher Gold- und Devisenzugänge. Im September betrug der Zufluß an Devisen bei der Bundesbank 1,13 Mrd. DM, nachdem er im August die exzessive Höhe von 1,4 Mrd. DM ausgemacht hatte. Es wird angenommen, daß rund zwei Drittel des gesamten Zuganges spekulativen Charakter hatten. Das kommt darin zum Ausdruck, daß eine Diskrepanz besteht zwischen den Zahlungsbilanzüberschüssen (dem Nettozugang an Gold und Devisen bei der Deutschen Bundesbank) und den Überschüssen aus der Leistungs- und Kapitalbilanz (Überschüsse aus der Waren- und Dienstleistungsbilanz abzüglich der Defizite in der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen).

Der Aktivsaldo aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, so schreibt das DIW, sei zwar nach wie vor so hoch, daß er auch durch den in der ersten Jahreshälfte beträchtlich gewachsenen Passivsaldo der Kapitalbilanz bei weitem nicht ausgeglichen werden konnte. Aber das jetzige Ausmaß des durch Gold- und Dollarreserven vom Ausland zu begleichenden Saldos zwischen aktiver Leistungs- und passiver Kapitalbilanz wäre bereits in früheren Jahren wiederholt nicht nur erreicht, sondern auch übertroffen worden. Gerade im Vergleich mit der Vorjahresentwicklung zeige dieser Saldo stark fallende Tendenz. Er verringerte sich von 1,8 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1956 bzw. von 2,3 Mrd. DM in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres auf rund 1,3 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1957.

„Diesem kleiner gewordenen Aktivsaldo der Leistungs- und Kapitalbilanz stand jedoch im bisherigen Verlauf dieses Jahres ein Gold- und Devisenzuwachs gegenüber, der vor allem seit Beginn des zweiten Halbjahres die durch eigene Leistung verdienten Nettoerträge an Gold und Devisen beträchtlich übertraf . . . In den Monaten Juli/August nahm das Verhältnis zwischen echt verdienten und spekulativ zufließenden Devisen geradezu groteske Ausmaße an. So betrug der Zuwachs an Gold- und Dollardevisen bei der Zentralbank über 0,8 Mrd. DM, während der Aktivsaldo aus der Leistungs- und Kapitalbilanz nur 60 Mill. DM erbrachte; im August verstärkte sich diese Aufblähung des Devisenbilanzsaldos weiter bis zur Höhe von 1,4 Mrd. DM, ohne daß der Saldo der Leistungsbilanz auch nur annähernd folgte.“¹⁾

Die Deutsche Bundesbank ist überzeugt, daß ihre im Anschluß an den Abbau einiger Privilegien der Exportfinanzierung beschlossene Dis-

kontsenkung zusammen mit den von verschiedenen Ländern, insbesondere von Großbritannien, vorgenommenen Erhöhung der Diskontsätze und der eindeutigen Ablehnung von Auf- und Abwertungen eine gewisse Beruhigung in der Währungsspekulation herbeigeführt und die Hoffnung eröffnet hat, daß sich der internationale, zumindest aber der intereuropäische Zahlungsverkehr in etwas normaleren Formen als bisher abspielen wird.

*

Für die Diskontentscheidung war auch von Gewicht, daß sich die vordem wirksamen Expansionstendenzen bei den Bankkrediten während der letzten Monate deutlich abgeschwächt haben. Die Gesamtsumme der Kredite und Wertpapieranlagen bei allen berichtenden Kreditinstituten stieg nach dem Septemberbericht der Deutschen Bundesbank in den ersten acht Monaten von 1957 um rund 5 Mrd. DM gegenüber 6,2 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahres und 8,8 Mrd. DM in den ersten acht Monaten von 1955. Die kurzfristigen Wirtschaftskredite der Banken haben an dem Zuwachs des Kreditvolumens während der ersten acht Monate von 1957 mit 385 Mill. DM nur einen bescheidenen Anteil gehabt. Dabei muß freilich in Rechnung gestellt werden, daß die Nachfrage nach kurzfristigen Wirtschaftskrediten wegen des aus den hohen Devisenüberschüssen und aus dem Abbau der öffentlichen Kassenreserven resultierenden Verflüssigung der Wirtschaft rückläufig sein mußte.²⁾

Die Bundesbank hat vor allem im Rahmen ihrer Offenmarktpolitik mit erneutem großem Erfolg Liquidität abgeschöpft und sich Mitte September den für Offenmarktoperationen verfügbaren Höchstbetrag für die Mobilisierung ihrer Ausgleichsforderungen auf 7 Mrd. DM erhöhen lassen. Mit kreditpolitischen Mitteln ist aber wenig zu helfen, wenn künftig die Defizitpolitik der öffentlichen Haushalte fortgesetzt wird, was mit dem vollen Anlaufen der Rüstungsausgaben sicher zu erwarten ist. Die Notenbank weist mit Besorgnis darauf hin, daß in der schon jetzt feststellbaren raschen Verausgabung der in den letzten Jahren angesammelten Kassenreserven des Bundes eine ernst zu nehmende Gefahr für die Währungspolitik liegt, insbesondere wenn sich der Abfluß der bisher bei der Notenbank eingelegten Kassenreserven in beschleunigtem Tempo fortsetzen sollte. Der Kampf um die Stabilhaltung der Währung erfordere gerade auf diesem Gebiet eine enge Kooperation der Bundesregierung mit der Notenbank. Auch das DIW sieht für die nächste Zeit in der Steigerung der öffentlichen Ausgaben für Verbrauch und Investition (Verteidigung) den einzig verstärkt einkommensexpansiven Effekt. Auf den neuen Finanzminister wartet hier eine schwere und verantwor-

1) Vgl. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jahrg. 1957, Drittes Heft, S. 237/38.

2) Siehe Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, September 1957, S. 5.

tungsvolle Aufgabe. Hoffen wir, daß die in den letzten Jahren sooft fehlende enge Zusammenarbeit zwischen der Notenbank und den für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung zuständigen Männern in der neuen Ära endlich zustandekommt. Ein weiteres Neben- oder gar Gegeneinander wie bisher könnte für die deutsche Währung tödlich sein.

*

Abgesehen von der Kohlenpreiserhöhung, rückten in der letzten Zeit insbesondere die Lohnforderungen einiger Gewerkschaften in den Vordergrund des wirtschaftspolitischen Interesses. In der Öffentlichkeit wurde viel von einer nunmehr anlaufenden „Lohnwelle“ gesprochen und der Eindruck erweckt, als ob in Düsseldorf oder in Frankfurt nur ein Gewerkschaftsvorsitzender auf einen Knopf zu drücken brauche, um in der ganzen Bundesrepublik Lohnkämpfe auszulösen. In Wirklichkeit ist es so, daß Tarifverträge ganz bestimmte, zwischen den Tarifparteien ausgehandelte Laufzeiten mit festen Kündigungsterminen haben. Jeden Monat werden Dutzende von Verträgen gekündigt, finden Verhandlungen statt, werden neue Löhne und Arbeitszeitverkürzungen ausgehandelt.

Nach den Feststellungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften vollziehen sich die Lohn- und Gehaltsvereinbarungen im Gesamtbereich der westdeutschen Tarifverträge in einem etwa einhalbjährigen Turnus. Im dritten Vierteljahr 1957 haben sich die Abschlüsse entgegen den Behauptungen der Arbeitgeber gegenüber dem zweiten und dem ersten Quartal abgeschwächt. Die Verkürzungen der tariflichen Arbeitszeit erfolgten im zweiten Vierteljahr 1957 durchweg bei vollem Lohnausgleich. Dieser betrug für die beteiligten Arbeiter in der gesamten Wirtschaft im Durchschnitt 2,2 vH. Somit ergibt sich eine echte Lohnerhöhung von durchschnittlich 7,2 vH. Seit 1. Oktober haben rund zehn Millionen Arbeiter und Angestellte in Westdeutschland eine tariflich vereinbarte Arbeitszeit von unter 48 Stunden. Von der Arbeitszeitverkürzung ist nunmehr etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten erfaßt.

Die IG Metall hat in zentralen Verhandlungen mit dem Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeberverbände eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde und eine Lohnerhöhung um 10 vH gefordert. Die Verhandlungen sind leider gescheitert. Die Gewerkschaft hat daraufhin sofort die Tarife in Nordwürttemberg-Nordbaden, Hessen und Bremen gekündigt. Sie bezeichnet ihre Forderungen als ausgesprochen maßvoll. Durch die tatsächliche Verkürzung der Arbeitszeit als Ergebnis des Bremer Abkommens hätten trotz Lohnausgleich und einer geringen Lohnerhöhung die durchschnittlichen Wocheneinkommen der Metallarbeiter nur um 2,3 vH zugenommen, wobei diese nominelle Erhöhung durch die gleichzeitig

stattgefundene Erhöhung der Lebenshaltungskosten vollständig aufgezehrt wurde.

Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung, die ihre Tarife ebenfalls gekündigt hat, verlangt eine Lohnerhöhung um 17 vH in der Bekleidungsindustrie und um 12 vH in der Textilindustrie. Der Beirat der Gewerkschaft Leder hat beschlossen, für etwa 80 000 Arbeitnehmer in der ledererzeugenden Industrie und in der Lederwaren- und Kofferindustrie die Tarife zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. *

Der Bundeskanzler und Vertreter der Gewerkschaften haben sich im Palais Schaumburg in Bonn über Fragen der Lohn-, Preis- und Konjunkturpolitik unterhalten. Sie wurden sich einig, daß es notwendig ist, alles zu tun, um die Stabilität der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Ob sich solche wirtschaftspolitischen Gespräche wiederholen und inwieweit sich die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Regierung künftig besser gestalten werden als früher, läßt sich natürlich schwer abschätzen. Immerhin sollte nicht verkannt werden, daß die Gewerkschaften in letzter Zeit wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nicht gegen Wettbewerb sind. Vielleicht kommt man der Wahrheit am nächsten, wenn man die vielfältigen wirtschaftspolitischen Auffassungen in den deutschen Gewerkschaften auf die pragmatische Formel „Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig“ bringt. Auf einer solchen im Prinzip wettbewerbsfreundlichen Basis dürfte sich ein für beide Teile ersprießliches Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher und bundesamtlicher Wirtschaftspolitik herstellen lassen. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen ist aber, daß die gewerkschaftlichen Argumente in Bonn ebenso ernst genommen werden wie die ihrer sozialen Gegenspieler und daß die neue Bundesregierung der sozialen Komponente der Marktwirtschaft ein größeres Gewicht beimißt, als sie das bisher getan hat.

Die Regierungsparteien betrachten als vorrangliche Ziele ihrer Wirtschaftspolitik einen besseren Ausgleich unserer Außenhandelsbilanz, die Stabilität der Preise und die Kapitalbildung. Ob diese Aufgaben unter Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung erfüllt werden können, hängt entscheidend davon ab, daß eine konsequente, einheitlich geleitete Wirtschaftspolitik betrieben wird und der Bundeswirtschaftsminister sich nicht von den Verbänden der Industrie und der Landwirtschaft überspielen läßt. Hinzukommen muß, daß die Finanzierung der Rüstungsausgaben nicht alle wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten überwuchert. Wir können nur wünschen — wenn wir auch nicht ganz daran zu glauben vermögen —, daß es der Bundesregierung mit marktwirtschaftlichen Mitteln gelingt, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden, die auf wirtschaftspolitischem Gebiet auf uns zukommen.

Richard Becker